

# **Bochum: Lebensort für alle**

**Programm zu den Kommunalwahlen am 26.09.2004**

**Es gibt Alternativen.**



# Inhalt

<b>1. Bochum: Lebensort für alle</b>	<b>3</b>
<b>2. Bürgereigentum sichern – Arbeitsplätze schaffen</b>	<b>4</b>
<b>3. Sozialpolitik – Kommunales sozial, solidarisch und gerecht</b>	<b>6</b>
<b>4. Gesunde Stadt Bochum</b>	<b>8</b>
<b>5. Eine Stadt für die Menschen – mehr Demokratie</b>	<b>9</b>
<b>6. Für ein soziale Stadtentwicklung</b>	<b>10</b>
<b>7. Wohnen ist Menschenrecht</b>	<b>12</b>
<b>8. Verkehr vermeiden – Mobilität sichern</b>	<b>14</b>
<b>9. Bildung für die Zukunft</b>	<b>14</b>
<b>10. Kultur – Vielfalt statt Einfallslosigkeit</b>	<b>16</b>
<b>11. Sportpolitik – Bochum in Bewegung</b>	<b>17</b>
<b>12. Für ein gleichberechtigtes und friedliches Miteinander</b>	<b>18</b>
<b>13. Frauenpolitik – Amazonas oder Hausfrauen?</b>	<b>20</b>
<b>14. Der Zukunft eine faire Chance geben: Kinder und Jugendliche</b>	<b>21</b>
<b>15. Die Ausgrenzung ausgrenzen</b>	<b>23</b>
<b>16. Umweltschutz – nachhaltig und modern</b>	<b>24</b>

## 1. Bochum: Lebensort für alle

Privatisierung und radikaler Abbau aller so genannten „freiwilligen“ Aufgaben der Stadt sind die Antworten, die SPD, Grüne, CDU und FDP auf die Finanzkrise der Stadt Bochum geben. Schwimmbäder und Kinderhorte werden geschlossen, Schulen und Sportanlagen verkommen, das Kanalnetz wird verleast, die CDU will sogar VBW und USB privatisieren. Der endgültige Ausverkauf kommunalen Eigentums steht bevor.

Armut und Verelendung nimmt auch in Bochum zu. Obdachlose und Jugendliche ohne Ausbildung und Aussicht auf eine Zukunft, Langzeitarbeitslose ohne Hoffnung auf Änderung ihrer Situation gehören längst zum Stadtbild. Aber auch die Armut vieler Beschäftigter, Rentner und Selbständiger nimmt zu.

Die Mehrheit von SPD und Grünen versucht mit vereinzelt Leuchtturmprojekten, Bochum ein attraktiveres Image zu geben. Diese Versuche sind geprägt von Pleiten, Pech und Pannen. Erinnerung sei an die unsägliche Geschichte der versuchten Ausstellung des Planet of Vision in Bochum. Geblieben von diesem Projekt ist eine Bauruine im Westpark, in der öffentliche Gelder versenkt wurden.

Die Arroganz der Macht hat in Bochum ungeahnte Dimensionen angenommen. Erinnerung sei an den Umgang mit dem erfolgreichen Bürgerbegehren gegen das Leasing-Geschäft mit dem Kanalnetz. Die Mehrheitsfraktionen von SPD und Grünen haben dieses Geschäft durch Vertragsunterzeichnung gegen den erklärten Willen vieler Bürgerinnen und Bürger abgeschlossen, obwohl nach dem erfolgreichen Bürgerbegehren zwingend ein Bürgerentscheid notwendig gewesen wäre. SPD und Grüne beschwören in Sonntagsreden zwar gerne das bürgerschaftliche Engagement der Bochumerinnen und Bochumer, wenn es aber um echte Mitentscheidung geht, setzen sie sich arrogant darüber hinweg.

Die Beispiele lassen sich fortsetzen: Im Koalitionsvertrag von 1999 versprachen SPD und Grüne den Bochumerinnen und Bochumern, auf die teure Untertunnelung für die Straßenbahnlinie 306 zu verzichten. Ergebnis: Die Tunnel werden gebaut, das Baustellenchaos in der Innenstadt hält an. Im Wahlkampf 1999 versprachen Die Grünen, dass es mit Ihnen keine städtische Unterstützung für den Autobahnausbau in Form der sog. Bochumer Lösung geben werde. Ergebnis: Die Bochumer Lösung kommt, zusätzlich soll nun sogar der Außenring zur Autobahn umgewidmet werden.

Gegen dieses Politik der Privatisierungen, der Missachtung des Willens der Bürgerinnen und Bürger, der gebrochenen Versprechen setzt die PDS ihr Leitbild einer anderen Politik:

- Wir wollen eine soziale und solidarische Politik. Statt weniger Zentren für die Reichen und Wohlhabenden wollen wir in Bochum ein soziales und kulturelles Grundangebot für alle sicherstellen. Dazu braucht die Stadt eine solide Finanzierungsgrundlage.
- Wir wollen Transparenz und Bürgerbeteiligung in die Politik des Stadtrates und der Bezirksvertretungen bringen. Kommunale Entscheidungen sollen nicht über die Köpfe der Einwohnerinnen und Einwohner hinweg gefällt werden. Wir wollen eine Stadt, in der sich alle beteiligen und einbringen können.
- Wir wollen das kommunale Bürgereigentum verteidigen, das für eine soziale und kulturelle Grundversorgung aller Bochumerinnen und Bochumer notwendig ist. Die öffentliche und demokratisch kontrollierte Daseinsvorsorge muss erhalten bleiben.

- Wir wollen ein tolerantes und weltoffenes Bochum, das Benachteiligte und sozial an den Rand gedrängte gleichberechtigt akzeptiert und Intoleranz und Ausgrenzung keinen Platz lässt.

Wir wollen dafür mit allen zusammen arbeiten, die diese Anliegen teilen. Wir wissen aus unserer politischen Arbeit, dass viele Personen und Gruppen die unsozialen und undemokratischen Maßnahmen und Planungen in Bochum und darüber hinaus kritisieren und diesen zum Teil auch Widerstand entgegen setzen. Gemeinsam mit diesen Menschen wollen wir für eine andere Politik streiten, damit Bochum ein Lebensort für alle wird, die hier leben.

## **2. Bürgereigentum sichern – Arbeitsplätze schaffen**

Auf Grund der Finanzkrise der Städte und Gemeinden, die überwiegend durch politische Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene verursacht wurde, gehen immer mehr Gemeinden dazu über, öffentliche Unternehmen zu privatisieren. Bochum ist diesen Weg bisher nicht gegangen. Allerdings fordert die CDU seit längerem vehement den Verkauf von USB-Anteilen und städtischen Wohnungen. Dies lehnt die PDS auch für die Zukunft entschieden ab. Stattdessen haben SPD und Grüne unter Federführung der jetzigen OB-Kandidatin Ottilie Scholz das Bochumer Kanalnetz an einen US-„Investor“ verleast – gegen den ausdrücklichen Willen vieler Bürgerinnen und Bürger. Wegen der damit verbundenen unkalkulierbaren Risiken lehnen wir auch dieses entschieden ab.

Kommunaler Ausverkauf zerstört nicht nur ein soziales Netz von grundlegenden kommunalen Leistungen, sondern zerstört auch den kommunalen Zugriff auf Tarife, Gebühren und andere Leistungen. Durch den Wegfall kommunalen Wohnungsbestands kann der örtliche Mietspiegel sich dramatisch ändern. Schon heute hat die Stadt Bochum (insbesondere über die VBW) im Vergleich zu anderen Großstädten Zugriff auf relativ wenig Wohnraum. Sollten die Stadtwerke oder die USB zerstört werden, werden auch Garanten des Wettbewerbs vernichtet und die Kommunen wären Entscheidungen von Konzernen ausgeliefert, die kommunale Selbstverwaltung würde zerstört. Schon heute beherrschen wenige Großkonzerne im Energiesektor (RWE und E.ON) und in der Abfallwirtschaft (Trienekens und Rethmann) den Markt.

Die PDS tritt dafür ein, dass das kommunale Bürgereigentum, das für eine soziale und kulturelle Grundversorgung aller Einwohnerinnen und Einwohner notwendig ist, erhalten bleibt. Privatisierungen führen in der Regel dazu, dass nur wenige große Konzerne über die Grundvoraussetzungen eines menschenwürdigen Lebens – wie Trinkwasser, Energieversorgung, Verkehr, Wohnraum, Kultur- und Bildungseinrichtungen, bestimmen. Die öffentliche und demokratisch kontrollierte Daseinsvorsorge muss erhalten werden. Die Risiken von Cross-Border-Leasing-Geschäften sind, auch nach Aussage verschiedener Innenministerien, nicht kalkulierbar. Es können hohe Regressforderungen auf die Städte zukommen. Deshalb lehnt die PDS solche Geschäfte entschieden ab.

Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit in Bochum sowie die negativen Erwartungen zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Stadt und im gesamten Ruhrgebiet fordern dazu heraus, alle Möglichkeiten kommunaler Einflussnahme auf den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu nutzen und neue Wege und Quellen zu erschließen. Oberstes Ziel der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der PDS ist die Schaffung und Sicherung existenzsichernder Arbeitsplätze. Dabei orientieren wir uns am Leitbild

der Agenda 21 für Kommunen: „Zukunftsfähige Wirtschaft zum nachhaltigen Umgang mit den natürlichen Ressourcen und dem Erhalt von Arbeitsplätzen“.

Kommunale Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik umfasst verschiedene Bereiche. Einerseits ist die Stadt Bochum selbst Arbeitgeberin und hat durch ihr Verhalten unmittelbar Einfluss auf den Arbeitsmarkt. Durch kommunale Investitionen werden Arbeitsplätze gesichert und geschaffen. Zudem wird durch Förderinstrumente zur Arbeitsbeschaffung und Qualifizierung, durch Wirtschaftsförderung und Bündnisse für Arbeit die Situation auf dem Arbeitsmarkt beeinflusst.

Die Stadt Bochum hat den Auftrag, den Bürgerinnen und Bürgern ein qualitativ gutes Dienstleistungsangebot zu Verfügung zu stellen. Dies verlangt gut ausgebildete und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Mit einer hohen Ausbildungsquote wird einerseits qualifiziertes Personal gesichert, andererseits dem desaströsen Zustand auf dem Ausbildungsmarkt begegnet. Die Stadt Bochum und die städtischen Unternehmen (Stadtwerke, USB, VBW, Sparkasse) sollten deshalb in Zukunft eine Ausbildungsquote von 10 % realisieren. Zudem sollte die Stadtverwaltung, vor allem aber die öffentlichen Unternehmen Überstunden durch Neueinstellungen abbauen. Eine Verlängerung der Arbeitszeit im öffentlichen Dienst ist arbeitsmarktpolitisch kontraproduktiv und wird von der PDS entschieden abgelehnt. Entsprechend sollte die Stadt Bochum bei den Tarifverhandlungen der kommunalen Arbeitsgeberverbände agieren.

Die PDS begrüßt das ehrenamtliche Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger und will dieses entsprechend fördern. Allerdings lehnen wir den Arbeitsplatzabbau, der durch Verlagerung von bisher bezahlter Arbeit auf Bürgerinnen und Bürger entsteht, entschieden ab. Bereits heute nehmen viele Eltern in Kindergärten und Schulen Aufgaben wahr, die eigentlich von Erzieherinnen und Erziehern, Handwerkerinnen und Handwerkern geleistet werden sollten. Ähnliche Prozesse sind in Sport- und Kulturinstitutionen und im Pflegebereich zu beobachten. Ehrenamtliches Engagement kann so zum Arbeitsplatzabbau und zur Verschlechterung öffentlicher Dienstleistungen missbraucht werden.

Kommunen sind die größten öffentlichen Investoren. Diese Investitionen sind in den letzten Jahren aufgrund der Finanzknappheit der Kommunen unvermeidbar eingebrochen. Schulen verfallen, Schwimmbäder und Sporteinrichtungen verrotten. Auf Grund der Finanzlage kann die Stadt Bochum ihren Investitionsanteil nicht beliebig erhöhen. Umso mehr ist die Stadtspitze in der Pflicht, sich stärker als bisher für eine Verbesserung der Gemeindefinanzierung und für ein kommunales Investitionsprogramm des Bundes einzusetzen. Kommunale Investitionen kommen – bei entsprechender Auftragsausschreibung und -vergabe – insbesondere dem regionalen Handwerk zu Gute und sichern damit Arbeitsplätze vor Ort.

In NRW existiert ein nahezu unübersehbarer Dschungel von Fördermaßnahmen im Bereich Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik. Die PDS meint: Öffentliche Förderung muss sich auf arbeitsplatzschaffende Investitionen konzentrieren. Dabei ist der Schwerpunkt auf kleine und mittlere Unternehmen zu setzen. Von diesen Betrieben kann auch eine Stärkung regionaler Wirtschaftsstrukturen ausgehen, die durch den Bezug auf in der Region vorhandene Ressourcen die Abhängigkeit von internationalen Märkten verringern kann. Da solche Unternehmen oft nur über wenig Eigenkapital verfügen, sollen ihnen Grundstücke auch in Erbpacht bzw. Immobilien zur Miete angeboten werden.

Die Sparkasse Bochum als dem Gemeinnutz verpflichtete Anstalt öffentlichen Rechts muss verpflichtet werden, die Kreditmöglichkeiten für kleinere und mittlere Unternehmen, insbesondere aber für Existenzgründer auszuweiten. Sie sollte entsprechende Gründungs-Projekte selbst auflegen und sie auch entsprechend begleiten. Auch die Stadt Bochum darf Existenzgründern nicht nur starten helfen, sondern muss sie über einen längeren Zeitraum begleiten.

Die Rolle der Stadtverwaltung als Moderator vor Ort muss gestärkt werden. Ziel ist, insbesondere lokale und regionale Kooperationsprozesse und Vernetzungsstrukturen über fachpolitische und Verbandsgrenzen hinweg zu fördern. In diesem Sinne ist in Bochum auch ein Bündnis für Arbeit, an dem die Stadt, die IHK, Unternehmen und die Gewerkschaften beteiligt sind, dauerhaft zu institutionalisieren. Einziges Ziel dieses Bündnisses soll sein, Arbeitslose in Arbeit zu bringen.

Mittelfristig setzt sich die PDS für den Aufbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS) in Bochum ein. Viele soziale, ökologische und kulturelle Aufgaben werden rein marktwirtschaftlich nicht erledigt, weil sie sich finanziell nicht rechnen. Diese müssen aber auch nicht notwendig alle durch die Kommune selbst erledigt werden. Allerdings hat dieses eine Umstellung von Maßnahmen des Bundes, des Landes und der Bundesagentur für Arbeit von einer personenbezogenen auf eine projektbezogene Förderung zu Voraussetzung. Die Stadt Bochum alleine kann dieses nicht leisten.

Die Kommunale Beschäftigungspolitik muss in Bochum ausgeweitet werden. Hierzu gehört vor allem auch die gezielte Wiedereingliederung chronisch kranker, Behinderter und Suchtkranker in den ersten Arbeitsmarkt. Daneben dürfen die Menschen mit einem begrenzten Aufenthaltsstatus und einer begrenzten Arbeitserlaubnis nicht vergessen werden. Der im Verhältnis erhöhte Verwaltungsaufwand darf nicht dazu führen, diese Menschen bei der Vergabe von Erwerbsarbeit hintanzustellen. Das Sozialamt muss stärker seine Aufgabe der „Hilfestellung in besonderen Lebenslagen“ wahrnehmen. Hierzu gehört die entsprechende Ausstattung mit qualifiziertem Personal. Die kommunalen Handlungsspielräume des BSHG sind zum Wohle der Hilfsbedürftigen auszulegen. Zwangsmassnahmen wie die Kürzung der Sozialhilfe bei Ablehnung einer zugewiesenen Arbeit lehnen wir ab. Das Existenzminimum darf nicht gekürzt werden. Tarifliche Bezahlung, soziale Betreuung und Begleitung der Menschen dagegen ist die sozialstaatliche Pflicht der Kommunen.

### **3. Sozialpolitik – Kommunales sozial, solidarisch und gerecht**

Das Eintreten für soziale Gerechtigkeit gehört zum zentralen politischen Anliegen der PDS. Sozialpolitisches Engagement muss daher nach unserem Verständnis ein Kernbereich kommunaler Daseinsvorsorge sein. Kommunale Sozialpolitik kann sich für uns nicht nur auf eine Ressortaufgabe reduzieren, sondern muss ihrer Intension nach als soziale Kommunalpolitik verstanden werden. Sozialpolitik muss zu mehr Chancengerechtigkeit beitragen. Sozialpolitik ist in erster Linie als Hilfe zur Selbsthilfe zu betreiben. Dafür ist den Bedürftigen mehr Hilfe angedeihen zu lassen. Dabei sind wir uns der Grenzen, die durch staatliche Sozialpolitik geschaffen werden, bewusst. Als Hilfe zur Selbsthilfe sollte kommunale Sozialpolitik sich auf Präventions-, Beratungs- und Unterstützungsmaßnahmen konzentrieren und alle Möglichkeiten der Armutsbekämpfung nutzen. Kommunale Sozialpolitik ist nur begrenzt in der Lage, gesellschaftlich verursachter Armut begegnen zu können, aber sie darf durch restriktive und bürokratische Handhabung der Gesetze nicht zusätzlich zum Abbau von sozialen Leistungen beitragen und Armut fördern, sondern die Spielräume des Ver-

waltungshandelns sind zu Gunsten betroffener Leistungsempfänger auszuschöpfen. Kommunale Sozialpolitik muss ihre Integrationsfunktion von behinderten Menschen, Seniorinnen und Senioren, Ausländerinnen und Ausländern und Asylsuchenden in das gesellschaftliche Leben wahrnehmen.

Nur eine qualifizierte Informationsbasis ermöglicht einen sachgerechten Diskussions- und Entscheidungsprozess über Ziele, Leistungen, Standards und Ressourcen kommunaler Sozialpolitik. Mit Sozialberichten soll auf Lebenslagen bezogenes Handeln unterstützt und gefördert werden und sollen die sozialpolitischen Anforderungen gebündelt in den Stadtentwicklungsprozess eingebracht werden. Seit Jahren kündigen SPD und Grüne für Bochum eine Sozial- und Armutsberichtserstattung an. Dieses muss nun endlich in die Praxis umgesetzt werden. Durch Sozial- und Armutsberichtserstattung ist die Öffentlichkeit gegen soziale Ausgrenzung zu sensibilisieren und zu mobilisieren. Sozialberichterstattung hat soziale Brennpunkte ohne Stigmatisierung von Betroffenen unverschleiert und rechtzeitig anzusprechen.

Alle kommunalen Möglichkeiten der Armutsbekämpfung sind auszuschöpfen, die Folgen von Armut sind zu vermindern. Wir wollen alles in unserer Kraft stehende tun, um die Schaffung von Arbeitsplätzen und den Ausbau von Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen und damit der Entstehung von Armut vorzubeugen. Die PDS steht dem Programm "Hilfe zur Arbeit" positiv gegenüber, wendet sich aber strikt dagegen, dieses als Zwangsmaßnahme gegen Betroffene einzusetzen. Kommunale Sozialpolitik soll auf die gesellschaftliche Integration von sozial ausgegrenzten gerichtet sein. Durch einen Bochum-Pass für sozial Schwache ist deren Teilnahme am öffentlichen Leben zu ermöglichen.

Armut findet einen extremen Ausdruck in Wohnungslosigkeit. Übernachtungsmöglichkeiten und eine täglich geöffnete Tagesstätte müssen den Obdachlosen auch ein Leben in den Stadtteilen ermöglichen. Für drogenkranke, psychisch oder physisch kranke Obdachlose müssen eigenständige Unterkunfts- und Betreuungskonzepte entwickelt werden.

Eine demokratische, transparente, die Betroffenen einbeziehende und auf Prävention orientierte Sozialplanung hat den realen Bedarf an sozialen Hilfeangeboten zu ermitteln. Der Aufbau integrativer sozialer Dienste und Leistungen wäre ein nachhaltiger Beitrag zur kommunalen Sozialstaatlichkeit. Sozialintegrative Kommunalpolitik verlangt aber ebenso die Förderung von Solidaritätserfahrungen im Nahbereich, die Einbeziehung von Selbsthilfegruppen und Bürgerinitiativen in die konkrete sozialpolitische Arbeit.

Behindertenpolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die praktisch alle Ressorts umfasst. Zusammenarbeit und gegenseitige Abstimmung ist daher in jeder Phase erforderlich. Ziel kommunaler Behindertenpolitik muss die Schaffung und Erweiterung gleicher Teilhabemöglichkeiten am Gemeinschaftsleben sein. Menschen mit Behinderungen und/oder chronischen Erkrankungen sollen ihr Leben ebenso selbstbestimmt führen können wie alle anderen Bewohnerinnen und Bewohner der Kommune. Ihr Wunsch- und Wahlrecht - z.B. bei der Wohnform, der Teilnahme an kulturellen und/oder sportlichen Veranstaltungen, dem bürgerschaftlichen Engagement usw. - soll im gleichen Umfang realisierbar sein.

Kommunalpolitische Aktivitäten in Bezug auf Menschen mit Behinderungen und/oder chronische Krankheiten sind - tendenziell - auf die Herstellung umfassender Barrierefreiheit gerichtet. Barrieren müssen sowohl im baulichen als auch im kommunikativen

als auch im Verkehrsbereich beseitigt werden. Voraussetzung dafür ist, ab sofort keine neuen Barrieren zu errichten, zu bewilligen und/oder hinzunehmen.

Die Einbeziehung sachkundiger Menschen mit verschiedenen Behinderungen bzw. von deren Selbsthilfeorganisationen in die Planung und Umsetzung kommunaler Entwicklungsprojekte soll so früh und so umfassend wie möglich geschehen.

#### **4. Gesunde Stadt Bochum**

Gesundheitsschutz und Gesundheitsförderung sind gemäß UN-Konvention Bürgerrechte. Die PDS tritt ein für die Erhaltung und den Ausbau der bestehenden Beratungs- und Betreuungsstellen, für den Ausbau der Betreuung Drogenkranker, die Einrichtung von Drogenschutzräumen, die Erweiterung der psycho-sozialen Dienste in Bochum, vor allen für eine verstärkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Gesundheitsplanung und -förderung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen durch das Gesundheitsamt.

Selbst wenn gerade auf dem Gebiet gesundheitlicher und sozialer Daseinsfürsorge die Gestaltungsmöglichkeiten der Stadt Bochum auf Grund der gesetzlichen Vorgaben erheblich eingeschränkt sind, kann und muss die Stadt sich stärker im Bereich der Gesundheitsförderung engagieren.

Eine Möglichkeit zur Stärkung der Partizipation der Bürgerinnen und Bürger in der Gesundheitsplanung und Gesundheitsförderung ist die regelmäßige Durchführung von breit angelegten Gesundheitskonferenzen, wie sie in der Stadt Herne seit Jahren durchgeführt werden. Dabei geht es vor allem darum, zu einem ausgewählten Thema interessierte Bürgerinnen und Bürger, die Gesundheitsselbsthilfe und die Experten aus den Einrichtungen und Diensten - von der Mitarbeiter- bis zur Leitungsebene - berufs- und einrichtungsübergreifend zusammenzuführen und in gemeinsamer öffentlicher Diskussion sowie im Konsens Handlungsempfehlungen zu beschließen, die aus eigener Kraft und mit den vorhandenen Ressourcen umgesetzt werden können.

Zu den zentralen Aufgaben des Gesundheitsamtes gehört es, dafür zu sorgen, dass sich gesundheitliche Selbsthilfegruppen bilden können, dass sie gefördert werden und dass sich auch immer wieder neue Selbsthilfegruppen gründen. Ziel dabei ist es, die Gesundheitsförderung in Bochum insgesamt zu stärken. Dabei sollte die Entwicklung persönlicher Kompetenzen im Umgang mit Krankheit und Gesundheit, die selbstbewusste Interessenvertretung, das Befähigen und Ermöglichen, für die eigene Gesundheit auch gemeinschaftlich einzutreten, ja letztlich auch die Bürgerbeteiligung Orientierungsrahmen für die Förderung der Selbsthilfegruppen durch das Gesundheitsamt sein. Dazu sind einige grundsätzliche Neuorientierungen im Öffentlichen Gesundheitsdienst notwendig.

Eine solche Umsetzung kann z.B. dadurch geschehen, dass bei der Gesundheitsberichterstattung eben auch der Kontakt mit den Selbsthilfegruppen aufgenommen wird, dass die Interessen der Gesundheitsselbsthilfe bei der Aufstellung gesundheitspolitischer Handlungsziele berücksichtigt werden, dass kommunale Mittel für die Selbsthilfe-Förderung bereitgestellt werden, dass die Krankenkassen noch mehr als bisher die Gesundheitsselbsthilfe auch finanziell fördern, dass es gute Verbindungen zu den Ärztinnen und Ärzten und Krankenhäusern gibt, dass die Öffentlichkeitsarbeit unterstützt wird, dass es - kurz gesagt - ein gutes Förderklima gibt. Diese partnerschaftliche Unterstützungs- und Hilfsfunktion wird das Gesundheitsamt auch dann ausüben müssen, wenn die Selbsthilfe-Förderung durch eine eigene Kontakt- und

Anlaufstelle wie des Bochumer Selbsthilfebüros wahrgenommen wird. Die PDS erteilt Vorstellungen, die an den Interessen der Bürgerinnen und Bürger vorbeigeht, eine eindeutig Absage. Gesundheitspolitik darf die Menschen nicht auf reine Heil- und Hilfsmittlempfänger reduzieren

Ein weiterer Schwerpunkt der kommunalen Gesundheitspolitik liegt im Bereich Drogenprävention. Drogenkonsum ist eine Krankheit, an der in den letzten 10 Jahren über 12.000 Menschen gestorben sind. Allein dies dokumentiert das Scheitern der alten, repressiven Drogenpolitik. Weil für die PDS Drogensucht kein strafrechtliches, sondern ein medizinisches Problem ist, fordern wir, den Drogenkonsum zu entkriminalisieren. An die Stelle von Fehlinformationen und Ideologisierung der restriktiven Drogenpolitik müssen Aufklärung, Information und konkrete Maßnahmen der Prävention und Hilfe treten. Dabei ist die Arbeit der Krisenhilfe mit ihren präventiven Angeboten im Bereich der illegalen Drogen incl. der Fortführung des Drogenkonsumraumes weiter zu unterstützen.

Verstärkte Anstrengungen müssen im Bereich der Prävention der häufig bagatellisierten „Volksdrogen“ Alkohol und Tabak, insbesondere durch eine kontinuierliche Aufklärung an den Schulen, unternommen werden.

Ziel der PDS ist es, die Bochumer Gesundheitspolitik so weiter zu entwickeln, dass die Stadt Bochum in der nächsten Legislaturperiode die Kriterien zur Aufnahme in das Gesunde Städte Netzwerk erfüllt und dort Mitglied wird.

## **5. Eine Stadt für die Menschen – mehr Demokratie**

Es gehört zu den zentralen politischen Ansprüchen der PDS, sich konsequent für eine umfassende Förderung und Stärkung der Zivilgesellschaft einzusetzen. Öffentliche Partizipation durch Einbeziehung der Einwohnerinnen und Einwohner, wie es als Ziel in der Agenda 21 beschrieben wird, ist Maßstab unserer Politik. Darum will die PDS in Bochum das Handeln von Politik und Verwaltung darauf ausrichten, dass

- alle Bochumerinnen und Bochumer gleichberechtigte Partner der Politik werden;
- die Politik politische, rechtliche, finanziell-materielle und organisatorische Bedingungen für die bürgerschaftliche Selbstorganisation und Selbstverantwortung schafft;
- Verwaltungshandeln, -verfahren und –kultur an den Bedürfnissen der Einwohnerinnen und Einwohner ausgerichtet wird.

Der Stadtrat und die Bezirksvertretungen müssen den Bürgerinnen und Bürgern breite Mitwirkungsrechte einräumen. Der Zugang zu Information ist ebenso Voraussetzung für ein demokratisches Gemeinwesen wie die aktive Beteiligung an Entscheidungsprozessen. Deshalb soll die Verwaltung den Bürgerinnen und Bürgern weitgehende Einsichtsrechte in Verwaltungsakten einräumen. In den städtischen Satzungen sind die hierfür notwendigen Regelungen aufzunehmen. Die Bestimmungen des Datenschutzes sind zu beachten.

Völlig unzureichend werden in Bochum die Informationsmöglichkeiten der Neuen Medien genutzt. Für nahezu keinen Planungsprozess und keine kommunalpolitische Debatte werden die Möglichkeiten genutzt. Das Internet sollte genutzt werden, um über die Tätigkeit des Rates und der Bezirksvertretungen weitmöglichst zu informieren (Veröffentlichung von Beschlussvorlagen, Entscheidungen, Protokolle), um die

Bürgerinnen und Bürger in die Lage zu versetzen, sich an politischen Entscheidungen zu beteiligen.

Bürgerfragestunden sollen nicht nur im Stadtrat und den Bezirksvertretungen, sondern in allen Ausschüssen sowie in den Aufsichtsräten kommunaler Unternehmen durchgeführt werden. Die Sitzungen selbst sollen so weit wie möglich öffentlich sein. Auch in Aufsichtsratssitzungen städtischer Unternehmen darf die Öffentlichkeit nicht prinzipiell ausgeschlossen werden.

Bürgerbegehren und Bürgerentscheide müssen auf bürgerfreundliche Art durchgeführt werden. Die Einreichung eines Bürgerbegehrens muss aufschiebende Wirkung bekommen. Durch Bestimmungen der Satzung ist sicher zu stellen, dass der Rat oder die Verwaltung keine Fakten zum offensichtlichen Umgehen des Bürgerbegehrens schaffen darf; im letzten Jahr schufen SPD und Grüne bei dem erfolgreichen Bürgerbegehren gegen das Verleasen des Kanalnetzes eben diese Fakten. Kommt es zu einem Bürgerentscheid, müssen im Wesentlichen die Vorschriften einer Kommunalwahl Anwendung finden.

Entscheidungen sollen dort getroffen werden, wo die Menschen wohnen, die es betrifft. Darum will die PDS die Bezirksvertretungen stärken. Bei stadtteilbezogenen Projekten sollen Lenkungsgruppen gebildet werden, denen neben Vertretern des Rates auch Bürgerinnen und Bürger aus dem jeweiligen Stadtteil angehören.

Die wichtigste Entscheidung ist die Verabschiedung eines Haushaltes. Wir streben eine größtmögliche Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Erarbeitung des Haushaltes an. Vor allem die sozialen und kulturellen Initiativen in Bochum sollen verstärkt einbezogen werden. Mittelfristig strebt die PDS an, nach dem Vorbild anderer deutscher Städte einen Bürgerhaushalt unter möglichst weiter Einbeziehung aller Einwohnerinnen und Einwohner aufzustellen.

Eine Stadt für die Menschen schaffen zu wollen, bedeutet auch, diese nicht auf ihre Funktion als Konsumentinnen und Konsumenten zu reduzieren. Insbesondere die Bochumer Innenstadt muss auch Lebensraum für die Menschen bleiben. Deshalb wendet sich die PDS gegen die Privatisierungswelle öffentlichen Raumes.

Eine Stadt für die Menschen schaffen zu wollen, bedeutet auch, allen Ansätzen von Intoleranz und Ausgrenzung entgegenzutreten und die Bürgerinnen und Bürger zu ermutigen, dies ebenso zu tun.

## **6. Für eine soziale Stadtentwicklung**

Auch in Bochum findet eine schleichende soziale Entmischung der Stadtteile statt; zugleich werden beständig soziale Standards abgesenkt. Die verstärkten Tendenzen der gesellschaftlichen, sozialen und räumlichen Absonderung von Menschen führen dazu, dass sich soziale Gegensätze weiter verschärfen. In Bochum haben sich teilweise abgesonderte Bereiche für Arme, Migrantinnen und Migranten herausgebildet, in denen jetzt angesichts der Finanznot die öffentlichen Einrichtungen (Jugendtreffs, Sozialberatungsstellen, Seniorentreffs, Stadtteilbibliotheken) geschlossen werden. Es bleiben somit kaum noch öffentliche Treffpunkte, den Kindern und Jugendlichen bleibt nur die Strasse und die alten Menschen vereinsamen in ihren Wohnungen.

Aufgabe einer sozialen Stadtentwicklungspolitik ist es, diesen Tendenzen entgegen zu wirken. Dazu ist die Ansiedlung von Kindergärten, Schulen, Jugendtreffs und Kultureinrichtungen in den Stadtteilen notwendig. Der Ausbau der Grundversorgung, der Freizeiteinrichtungen und Kulturangebote in Wohnortnähe, die auch für diejenigen

erreichbar sind, die nicht mehr so mobil sind, muss gewährleistet werden. Ebenso dürfen Veranstaltungen in den einzelnen Stadtteilen nicht allein dem Engagement der Werbegemeinschaften überlassen bleiben. Städtische Ämter sollten für die Bevölkerung in erreichbarer Nähe angesiedelt sein, - jeder Bezirk braucht mindestens ein Bürgerbüro, in dem die gewöhnlichen Behördengänge abgewickelt werden können. Dazu ist die Ansiedlung von Kindergärten, Schulen, Jugendtreffs und Kultureinrichtungen in den Stadtteilen notwendig.

Nur so können sich Bürgersinn und Bürgerengagement auch entwickeln. Viele Menschen sind auf wohnortnahe Einkaufsmöglichkeiten angewiesen. Geschäfte des täglichen Bedarfs gehören nicht in Einkaufszentren auf der grünen Weise, sondern in die Stadtteile.

Nicht ein weiterer Ausbau der Eventkultur im Innenstadtbereich - bereits werden jedes Jahr Bochum Total, Kulinarischer Markt, Büchermarkt, Weihnachtsmarkt, Maischützenfest veranstaltet - ist notwendig, sondern ein Ausbau von Grundversorgung von Freizeiteinrichtungen und Kulturangeboten in Wohnortnähe. Aber auch die individuelle Lebensqualität der Einwohnerinnen und Einwohner muss steigen. Wie in vielen anderen Städten geht auch in Bochum die Einkaufsqualität in der Innenstadt zurück. Hier sollten alle Anstrengungen unternommen werden, um die Produktpaletten zu erweitern und Investoren hierfür zu gewinnen.

Soziale Stadtentwicklung muss auch dem Trend des Umzuges gut verdienender Familien ins Umland entgegenwirken. Untersuchungen haben ergeben, dass diese Umzüge vor allem vollzogen werden, weil die Menschen im Umland eine höhere Lebensqualität mit größeren Wohnungen, mehr wohnnaher Grünflächen und geringeren Lärmbelastigungen realisieren können. Deshalb gehört für die PDS eine soziale Wohnungspolitik, eine Verkehrspolitik, die die Immissionen des Autoverkehrs einschränkt und ein Schutz von wohnortnahen Grünflächen zu einer Politik der sozialen Stadtentwicklung.

Städtische Grünflächen sind nicht nur für die wohnortnahe Erholung, für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen wichtig, sondern sie sind vielfach Frischluftschneisen, die das Klima in der Stadt wesentlich beeinflussen. In einer dichtbesiedelten Großstadt wie Bochum müssen die wenigen noch vorhandenen Freiflächen dringend erhalten werden, um die Lebensqualität für die Menschen nicht noch weiter zu beeinträchtigen.

Der notwendige Wohnungsbau soll weitgehend in der Nähe der Innenstadt durchgeführt werden. Eine Bebauung des Geländes am Nordbahnhof, des Geländes um das "Riff" und großer Teile der "City-West" stehen dazu zur Verfügung. Viele ungenutzte innenstadtnahe Freiflächen sind weiterhin im Besitz der Deutschen Bahn AG. Diese müssen einer Stadtentwicklungsplanung zugänglich gemacht werden.

Ziel der Stadtentwicklungspolitik der PDS ist es, in möglichst vielen Gebieten eine Mischung von Wohnungen, Erholungsflächen und Arbeitsplätzen, soweit die gewerblichen Immissionen dies zulassen, zu erreichen. Dabei sollen bei Neuansiedlung von Gewerbebetrieben vor allem Industriebrachen genutzt werden, um bestehende Grünflächen zu schützen.

Die Vergabe von städtischen Gewerbegrundstücken sollte möglichst nur auf Pachtbasis erfolgen, um langfristig eine kommunale Weiternutzung zu gewährleisten.

Bei den enormen Leerständen an Ladenlokalen und insbesondere bei Büroflächen ist darauf hinzuwirken, dass keine zusätzlichen Kapazitäten an Büroflächen aufge-

baut werden. Insbesondere die Umwandlung von Wohnraum in Gewerbeflächen ist zu unterbinden. Dem gegenüber sollte geprüft werden, in wie weit leer stehender Büroraum in Wohnraum umgewandelt werden kann.

## **7. Wohnen ist Menschenrecht**

Für die PDS ist das Recht auf Wohnen ein grundlegendes Menschenrecht. Auf kommunaler Ebene lassen wir uns vom Bestreben leiten, hier und heute Verbesserungen für die Menschen zu erreichen. Für die Bochumer PDS ist das Ziel der städtischen Wohnungspolitik, dass zukünftig alle Bewohnerinnen und Bewohner und zeitweilig hier Lebenden entsprechend ihren finanziellen Möglichkeiten eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohnung nach Lage, Größe und Ausstattung in einem attraktivem Wohnumfeld finden können. Konkret verbinden wir mit der Wohnungspolitik folgende Anliegen:

- langfristig bezahlbare und sichere Wohnungen für alle in Bochum Lebenden,
- Verhinderung von Wohnungs- u. Obdachlosigkeit,
- Begrenzung und Senkung der Betriebskosten,
- attraktives Wohnen im Stadtinneren und in den Ortskernen,
- Verhinderung der Ausweisung neuer Wohngebiete auf der "grünen Wiese",
- Standortbevorratung innerstädtischer Wohnungsbaustandorte sowie in den Stadtteil- und Ortsteilkernen,
- Stärkung der Mitwirkungen der Mieterinnen und Mieter sowie Genossenschaftsmitglieder.

Für viele Bochumerinnen und Bochumer und zeitweilig in der Stadt Wohnenden hat sich der Wohnungsmarkt in den letzten Jahren entspannt. Die Verringerung der Bevölkerung durch sinkende Geburtenraten und der Wegzug ins Umland hat dies verursacht. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich aber eine widersprüchliche Entwicklung. Während bei kleineren Wohnungen in unattraktiven Wohnlagen zunehmend Leerstände zu verzeichnen sind, haben finanziell schwache Haushalte, kinderreiche Familien und stigmatisierte Bevölkerungsgruppen nach wie vor große Probleme, angemessenen Wohnraum zu finden. Die Zahl der Sozialwohnungen sinkt weiterhin in erschreckendem Umfang. Vor allem bezahlbare und ausreichend große Wohnungen für Familien mit Kindern sind nach wie vor Mangelware.

Aber auch auf dem freien Wohnungsmarkt gibt es einen Mangel an größeren Wohnungen. Während am Stadtrand und im Umland zahlreiche Neubausiedlungen mit Eigenheimen und Reihenhäusern entstanden und weitere entstehen, ist der fortschreitende Verfall in vielen Quartieren noch nicht umgekehrt worden. Kommunale Wohnungspolitik muss auch hier dem Trend der sozialen Entmischung entgegenwirken.

Die soziale Durchmischung in den Stadtteilen durch differenzierte Wohnungsangebote und unterschiedliche Eigentumsformen ist zu erhalten und zu befördern. Für die Entwicklung der Stadtteile in der Städte- und Wohnungsbauförderung sind klare Prioritäten zu setzen und vor allem jene Stadtteile zu fördern, die eine Erneuerung nicht aus eigener Kraft schaffen und in Gefahr geraten, soziale Brennpunkte zu werden. Unter Berücksichtigung bestehender städtischer Strukturen sind kreative Lösungen gefragt, die unterschiedliche Wohn- und Lebensformen gleichberechtigt ermöglichen. Eine optimale Raumnutzung mit differenzierter Architektur, ansprechenden Grünflächen aber auch Freiräumen, die von den Bochumerinnen und Bochumern selbst gestaltet werden können, sollten in den Stadtteilkonzepten enthalten sein. Wohnungs-

neubau ist in Baulücken bzw. nur zur Abrundung vorhandener bereits vollständig erschlossener Siedlungsgebiete mit gutem Anschluss an den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) vorzunehmen.

Neben der Notwendigkeit guter Stadtteilkonzepte darf das Wohnen und Leben im Innenstadtbereich nicht vergessen werden. Bochum darf keine Geisterstadt werden. Hier sind umsichtige Konzepte gefragt, die die Bedürfnisse aller Bevölkerungsgruppen berücksichtigen. Einer modernen Stadt mitten im Strukturwandel ist es nicht angemessen, dass Kinder in den Hinterhöfen aufwachsen.

Alle in Bochum Lebenden sollten sich langfristig mit bezahlbaren und sicheren Wohnungen versorgen können. Darum tritt die PDS für eine Fortschreibung des Bochumer Mietspiegels unter Einbeziehung der Bestandsmieten ein, die Mietpreisstruktur muss realistisch erfasst werden. Entsprechend sollte regelmäßig ein "Betriebskostenspiegel" erstellt werden.

Unter Berücksichtigung des deutschlandweit anhaltenden und im Ruhrgebiet verstärkten Bevölkerungsrückgangs ist mittel- und langfristig der Wohnungsbestand zu erneuern. Die PDS tritt für die Sicherung eines ausreichenden sozialgebundenen Wohnungsbestandes bei der VBW und Genossenschaften ein. Als Basis für einen sozialen Wohnungsneubau ist eine Bebauung in Baulücken bzw. nur zur Abrundung vorhandener bereits vollständig erschlossener Siedlungsgebiete mit gutem Anschluss an den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) vorzunehmen.

Kommunaler und genossenschaftlicher Wohnungsbestand ist die Basis für bezahlbares Wohnen in Bochum. Deshalb tritt die PDS für die Erhaltung und Schaffung eines ausreichend großen Bestandes in den kommunalen VBW- und Genossenschaftsbeständen ein. Die PDS wird sich allen Versuchen, die VBW zu privatisieren oder zu zerschlagen entschieden widersetzen. Der Verkauf kommunaler und genossenschaftlicher Wohnungen im Stadtzentrum und seinen Randgebieten darf nur in absoluten Ausnahmefällen zugelassen werden. Durch entsprechende Verträge ist langfristig zu sichern, dass mindestens 33% der frei werdenden VBW- und 25% der genossenschaftlichen Wohnungen an Anspruchsberechtigte mit Wohnberechtigungsschein vergeben werden können. Genossenschaftswohnungsbestand ist ein wichtiger Teil des bezahlbaren Wohnungsbestandes und muss deshalb gleichberechtigt gefördert werden

Zur Verbesserung des Mieterschutzes fordern wir die Gleichstellung unverheirateter Partner und Lebensgemeinschaften im Mietverhältnis, die Verhinderung der Verdrängung von älteren Bürgerinnen und Bürger aus ihren angestammten Wohngebieten durch Schaffung von bedarfsgerechten und bezahlbaren Wohnungen in allen Stadtteilen sowie die Aufhebung der Wohngeldkappungsgrenzen bzw. Härteausgleich, wenn bei zu großer Wohnung keine zumutbare kleinere Wohnung angeboten werden kann.

Zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit und Beseitigung der Obdachlosigkeit tritt die PDS für eine stabile finanzielle Absicherung der Vereine, die als Freie Träger die Pflichtaufgabe der Kommune zur Betreuung Obdachloser übernommen haben, ein. Eine ständigen Unterbringung und Betreuung von Obdachlosen, die krankheitsbedingt weder psychisch noch physisch in der Lage sind, einen eigenen Haushalt zu führen und eine Wohnung zu unterhalten, ist zu gewährleisten. Zwangsräumungen auf die Straße ohne Bereitstellung einer angemessenen Ersatzwohnung sind zu verhindern.

## 8. Verkehr vermeiden – Mobilität sichern

Die gegenwärtige Kommunalpolitik verhindert Mobilität und staut Verkehr. Die Folgen sind Abgas- und Lärmbelastigungen, Baustellenbereiche die scheinbar nie enden und eine de facto Abkoppelung einzelner Stadtteile vom öffentlichen Personennahverkehr.

Dennoch wird durch fragwürdige Neubauprojekte, wie den sechsspurigen Ausbau der A40, der „Bochumer Lösung“ und der Aufstufung des Außenrings zur Autobahn immer mehr individuell-motorisierter Verkehr auf den Autobahnen und vielen Stadtstrassen erzeugt. Hiergegen wendet sich die PDS weiterhin entschieden.

Kommunale Verkehrspolitik muss sich an den individuellen Mobilitätsformen der Einwohnerinnen und Einwohner orientieren. Das bedeutet für uns:

- Straßensanierung geht vor Straßenneubau
- Ausbau eines Radwegenetzes
- Ausbau überirdischer Straßenbahnverbindungen anstelle Neubau unterirdischer U-Bahn-Linien
- Weiterführung des Schoko-Tickets und Einführung eines Jobless-Tickets
- Kurze Taktzeiten im ÖPNV auch zu den Schwachverkehrszeiten
- Ausbau des Anwohnerparksystems im Innenstadtbereich
- Tempo 30 in allen Wohngebieten mit Ausnahme der Hauptverkehrsadern

Alle Einwohnerinnen und Einwohner müssen gleichberechtigt mobil sein können. Mobilität ist ein wichtiger Faktor, wenn nicht sogar Voraussetzung der gesellschaftlichen Teilhabe. Niemand darf ausgegrenzt werden oder aus Angst auf Mobilität verzichten. Viele Frauen, ältere Menschen, Einwohnerinnen und Einwohner nicht deutscher Herkunft oder Kinder sind nur bedingt mobilitätsbereit. Hier sind Voraussetzungen für eine gleichberechtigte Teilhabe zu schaffen. Einfache, aber effektive Mittel sind z. B. eine ausreichende helle Beleuchtung, eine Überdachung und Notrufsysteme an allen Haltestellen, das Anbringen der Fahrpläne an Rampen, Treppen, Fahrstühlen, aber auch die Sicherstellung benutzbarer öffentlicher, behindertengerechter Sanitäranlagen. Ein Begleitschutz in Straßen- und U-Bahnen, U-Bahntunneln sowie an vereinsamten Haltestellen und entlegenen Verbindungen stärkt das Sicherheitsgefühl der Menschen maßgeblich. Inhaltlich ist hier auf das Konzept der Schülerlotsen abzustellen, das Begleitpersonal ist entsprechend sensibel zu schulen. Sich selbst verstehende „Hilfspolizisten“ verstärken hingegen das Unsicherheitsgefühl der Menschen und konterkarieren das Ziel der Betreuung und Begleitung.

## 9. Bildung für die Zukunft

Bochum bietet ein vielfältiges Bildungsangebot: unterschiedliche Schulformen, verschiedene Weiterbildungseinrichtungen, mehrere Fachhochschulen und die Universität. Auch wenn die wichtigsten bildungspolitischen Kompetenzen beim Land liegen, hat die Stadt Bochum Möglichkeiten der Einflussnahme insbesondere im Bereich der Unterhaltung und der Ausstattung der Schulgebäude. Es mangelt an Räumlichkeiten, Materialien und Personal (Landesverantwortung). Dringend erforderliche Renovierungsmaßnahmen werden aufgeschoben, das Mobiliar ist heruntergekommen, an einigen Bochumer Schulen fehlt es inzwischen sogar an Seife und Toilettenpapier. Die finanzielle Situation an den Schulen ist prekär. Dennoch geht das Sparen am falschen Ende weiter.

Die PDS setzt sich für eine ausreichende Ausstattung der Schulverwaltung mit finanziellen Mitteln ein. Wer bei der Bildung spart, wird später die sozialen Kosten tragen müssen. Der Ausbau, die Sanierung und die Renovierung von schulischen Einrichtungen und Kindergärten müssen gesichert werden. Dies betrifft im besonderen Maße auch die Einrichtungen des zweiten Bildungsweges und der Erwachsenenbildung.

Im Bereich der Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen dürfen keine weiteren Kürzungen vorgenommen werden. Gerade in der Jugendarbeit können Entwicklungen, die später zu großen Problemen führen werden, an der Wurzel behandelt werden. Die PDS unterstützt das Konzept des Jugendamtes zur dezentralen Vernetzung von Schulen und Trägern der Jugendhilfe.

Die PDS unterstützt die Einrichtung von Ganztagschulen und Kindertagesstätten. Daneben tritt die PDS für eine ausreichende Versorgung mit Kindergartenplätzen ein. Wir appellieren an Bund und Land, die finanziellen Mittel bereit zu stellen, um das gesetzlich verankerte Recht auf einen Kindergartenplatz für jedes Kind sicherzustellen.

Die Schule in Deutschland ist gekennzeichnet durch unzuverlässige Schulzeiten, Begrenzung der Schule auf den Vormittag, fehlende Angebote für Frühstück und Mittagessen und die Arbeitsteilung von Schulunterricht und Hausaufgaben, die Mütter zu „Hilfslehrerinnen der Nation“ macht. Um die Bildungschancen und die -qualität durch ein Gesamtkonzept von Bildung, Erziehung und Betreuung, vor allem für benachteiligte Kinder und Jugendliche, zu verbessern, unterstützt die PDS das Konzept von offenen Ganztagschulen. Zehn Bochumer Grundschulen starteten im Jahr 2003 modellhaft als offene Ganztagsgrundschule. Leider blieben in der Planungsphase dieses Konzepts die Stimmen von Schulträger und Jugendamt auf dem Städtetag NRW ungehört, ein einheitliches, landesweites Konzept zu schaffen. Nun sind auf kommunaler Ebene die Behörden gefordert, in kürzester Zeit eigene Modelle zu erarbeiten. Diese müssen aber nicht bei Null anfangen, sondern können auf bereits bestehenden Betreuungsangeboten aufbauen. Die Bochumer Grundschulen sind flächendeckend mit "Schule von acht bis eins", "Dreizehn Plus" und "Schüler im Treff" versorgt. Wir fordern von der Landesregierung, für die Betreuung der Kinder und einen entsprechenden Umbau der Schulen (Küchen, Kantinen, Pausen- und Aufenthaltsräume) auch finanzielle Mittel bereit zu stellen. Die in Bochum ab 2007 geplante Streichung von Hortplätzen zu Gunsten der Ganztagschule lehnen wir ab. Ebenso trifft eine zusätzliche finanzielle Beteiligung der Eltern an der Ganztagsbetreuung auf unseren Widerstand.

Seit dem Schuljahr 2003/2004 nehmen inzwischen 14 Bochumer Schulen an dem Modellprojekt „Selbstständige Schule“ teil. Wir stehen diesem Projekt aufgeschlossen gegenüber, eine entsprechende Qualifizierung der Lehrerinnen und Lehrer für die Bewältigung der administrativen und organisatorischen Aufgaben sowie der Personalauswahl und eine Sicherstellung der einheitlichen Qualität von Bildung über die einzelnen Schulen hinweg müssen dazu allerdings dauerhaft gesichert werden.

Die PDS setzt sich für die Stärkung der Erwachsenenbildung, des zweiten Bildungsweges und von Fortbildungsmöglichkeiten ein. Die PDS fordert, die städtischen Berufskollegs, das Weiterbildungskolleg (Abendrealschule / Abendgymnasium) und die Volkshochschule in besonderem Maße zu fördern. Weiterhin ist eine ausreichende Versorgung mit „besonderen 10. Klassen“ zu garantieren. Die „besondere 10. Klasse“ ermöglichen Hauptschülerinnen und Hauptschülern, die Fachoberschulreife zu erwerben.

Die Volkshochschule Bochum muss weiter ausgebaut werden. Gerade für Frauen, die in den Beruf zurückkehren, hat die VHS eine wichtige Funktion. Berufsqualifizierende Maßnahmen sind deshalb besonders zu fördern. Neben beruflichen Fortbildungsmaßnahmen muss auch das zielgruppenspezifische Programm, z.B. Alphabetisierungsmaßnahmen, erhalten bleiben. So erfüllt die VHS auch eine wichtige, integrationsfördernde Funktion für Menschen, die gesellschaftlich an den Rand gedrängt wurden.

Solidarität statt Ausgrenzung muss auch an Kindergärten, Schulen und sonstigen Bildungseinrichtungen gelten. So muss das Miteinander von Deutschen und Nicht-Deutschen, von Mädchen und Jungen bzw. Frauen und Männern, von Behinderten und Nicht-Behinderten gefördert werden. Hierzu bedarf es der Aus- und Weiterbildung von speziell ausgebildeten Fachkräften in genügender Zahl. Es muss sichergestellt werden, dass alle Bildungseinrichtungen behindertengerecht ausgestattet werden.

Die PDS setzt sich für mehr Beteiligung und Chancengleichheit von Kindern und Jugendlichen ein.

Wir treten für eine Bildungsoffensive ein, deren erster Schritt eine breite öffentliche Diskussion eines Schulentwicklungsplanes für Bochum sein sollte.

Die PISA-Studie und auch der OECD-Vergleich „Education at a Glance“ haben gezeigt, dass für unterschiedliche Bildungschancen in erster Linie strukturelle Ursachen verantwortlich sind. Wir treten deshalb für ein integriertes Schulsystem („Eine Schule für Alle“) ein, das sich ein Vorbild an den skandinavischen Ländern nimmt.

## **10. Kultur – Vielfalt statt Einfallslosigkeit**

Bochum besitzt eine große kulturelle Vielfalt und kulturelle Traditionen, aus der viele Zukunftschancen erwachsen. Die PDS setzt sich für den Erhalt der gewachsenen kulturellen Substanz Bochums, für die Förderung von alternativen Kulturformen und Kultureinrichtungen und damit für eine ausgewogene Förderung von Basis- und Hochkultur, für ein bezahlbares Angebot, das allen sozialen Schichten den Zugang zu Kultur ermöglicht, ein. Das kommunale Kulturangebot muss erhalten werden und allen zugänglich sein. Öffentliche und freie Kultureinrichtungen gehören zu einem menschenwürdigen Leben.

Kultur und soziales Wohlbefinden der Einwohnerinnen und Einwohner bedingen einander ebenso wie die kulturelle und wirtschaftliche Attraktivität der Stadt. Daraus erwächst die Pflicht, die Bedingungen für ein selbstbestimmtes, reiches kulturelles Angebot für alle Bochumerinnen und Bochumer zu erhalten und zu verbessern und deren vielfältige Nutzung in der ganzen Breite zu ermöglichen.

Wir wollen eine intakte kulturelle Infrastruktur in ganz Bochum befördern und setzen uns daher für die Wiederherstellung und Ausweitung eines Netzes von soziokulturellen Zentren, Bibliotheken und Stadtteilläden in allen Stadtteilen ein.

Die PDS tritt für ein freies, anregendes Miteinander unterschiedlicher kultureller Initiativen und Angebote entsprechend des differenzierten Interesses der Bochumerinnen und Bochumer ein.

Wir setzen uns für den Erhalt der Arbeitsfähigkeit und einen angemessenen Eintritt von kulturellen Zentren von überregionaler Bedeutung (Schauspielhaus, Symphoniker, Museum Bochum, Bahnhof Langendreer) ein. In diesem Zusammenhang er-

kennt die PDS die Notwendigkeit der Errichtung eines Konzerthauses für die Bochumer Symphoniker an, um die Arbeitsfähigkeit der Ensembles des Schauspielhaus und der Symphoniker – beides Einrichtungen von bundesweiter Bedeutung - zu verbessern. Allerdings sieht die PDS auf Grund der Haushaltslage der Stadt Bochum derzeit keine Möglichkeit, dieses berechtigte Anliegen mit kommunalen öffentlichen Mitteln zu realisieren.

Die PDS begrüßt aktives Kultursponsoring und Mäzenatentum. Diese Aktivitäten sind aber weder von der Zielsetzung noch vom Finanzumfang her geeignet, das kulturelle Engagement der Kommune zu ersetzen, sondern können lediglich wünschenswerte zusätzliche Aktivitäten und Projekte unterstützen.

Wir treten für das kulturelle Selbstbestimmungsrecht aller Einwohnerinnen und Einwohner ein. Um dieses zu fördern, muss kommunale Kulturpolitik insbesondere Ateliers, Galerien und Proberäume zu zumutbaren Mieten bereitstellen. Die Teilhabe sozial benachteiligter Gruppen an allen Formen kultureller Betätigung ist zu fördern.

## **11. Sportpolitik – Bochum in Bewegung**

Die Situation des Sports in Bochum ist von vielen Widersprüchen gekennzeichnet. Sport in seiner Gesamtheit als Freizeit-, Gesundheits-, Schul- und Spitzensport hat bekanntlich wichtige soziale, gesundheitliche und erzieherische Funktionen und ist daher unverzichtbar. In Bochum sind nahezu 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner in mehr als 400 Sportvereinen organisiert. Zählt man noch die außerhalb von Vereinen Sport treibenden hinzu, so verdeutlicht dies den hohen Stellenwert des Sports für die Menschen.

Sport ist in der heutigen Zeit des allgemeinen Bewegungsmangels von großer Bedeutung für die Gesellschaft. Bewegung führt zu allgemeinem Wohlfühl, senkt die Risiken Zivilisationsbedingter Krankheiten und baut Aggressionen ab. Vor allem Kinder und Jugendliche sind an den Sport heranzuführen. Ein Schritt hierzu ist, das schulische Sportprogramm auszuweiten und an die aktuellen Bedürfnisse der Jugendlichen anzupassen. Auch die Ausweitung allgemein zugänglicher und kostenloser Spiel- und Sportstätten ist nötig.

Der jahrelange Einsatz der Bochumer Bürgerinnen und Bürger für den Neubau eines Stadtbades hatte Erfolg. Dies kann jedoch nur ein Anfang sein. Der Eistreff sollte neu eröffnet werden, hier ist zu prüfen, inwieweit Sponsoren gewonnen werden können. Nicht ein Ausbau der Spaßbäder – die durch einen überhöhten Eintritt Einwohnerinnen und Einwohner abschrecken- sondern eine Ausweitung des bezahlbaren sportlichen Freizeitangebotes ist notwendig. Spiel, Sport und Bewegung darf keine Frage des Einkommens sein.

Zwar ist der Sport mit der Olympiabewerbung Rhein-Ruhr 2012 und durch professionelle Spitzenveranstaltungen wieder stärker ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Sport muss aber in seiner Gesamtheit weiter entwickelt werden.

Die PDS tritt vor allem für den Erhalt und die Modernisierung der vorhandenen Sportstätten für den Breitensport und für die Verbesserung der Bedingungen für den Vereinssport ein. Vor allem die Rahmenbedingungen für die ehrenamtliche Tätigkeit sind zu verbessern.

## **12. Für ein gleichberechtigtes und friedliches Miteinander**

In Bochum gibt es zahlreiche Projekte, die darauf ausgerichtet sind, das friedliche und gleichberechtigte Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher kultureller Herkunft zu fördern. Stadtteilarbeit, die Agenda 21, die Tätigkeit der RAA und anderer Bereiche der Stadtverwaltung, Jugendprojekte in verschiedenen Stadtteilen, die Flüchtlingshilfe durch Initiativen, Kirchengemeinden und Wohlfahrtsverbände und nicht zuletzt die Arbeit von Vereinigungen der Migrantinnen und Migranten selbst – alles das ist vielfaches Engagement für die interkulturelle Entwicklung in unserer Stadt.

Der Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamteinwohnerschaft liegt in Bochum bei knapp 12 Prozent (per 31.12.2002). Diese Zahl beinhaltet nicht die Menschen ausländischer Herkunft, die inzwischen die bundesdeutsche Staatsbürgerschaft angenommen haben und ebenso nicht die Aussiedlerinnen und Aussiedler aus Osteuropa, die schon vor ihrer Übersiedlung behördlich als deutsche Staatsangehörige anerkannt waren. Unter Einbeziehung vorgenannter Migrantengruppen beträgt der tatsächliche Gesamtanteil von Menschen ausländischer Herkunft an der Einwohnerschaft Bochums knapp ein Fünftel.

Die Tatsache, dass ein hoher Anteil der hierzulande lebenden Menschen ausländischer Herkunft ist, bleibt dauerhaft. Viele Einwanderinnen und Einwanderer leben in der zweiten oder dritten Generation in Bochum und sind hier inzwischen genauso „heimisch“ geworden, wie ihre deutschen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Sie leben, arbeiten und lernen hier, nehmen am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben teil.

Im Bewusstsein vieler Menschen reflektiert sich die gegenüber früheren Jahrzehnten veränderte ethnische Zusammensetzung der Gesellschaft jedoch als subjektiv bedrohlich. Soziale Sorgen, Unsicherheit gegenüber anderen Kulturen und nach wie vor vorhandener Nationalismus verdichten sich in den Köpfen vieler Menschen zu Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Genährt werden fremdenfeindliche Vorbehalte nicht zuletzt durch vergangene und aktuelle Politik.

Die Akzeptanz der interkulturellen Realität ist eine Grundvoraussetzung, um Fremdenfeindlichkeit jeglicher Art den Boden zu entziehen. Politik und Verwaltung sind in der Verantwortung, Bedingungen zu schaffen, dass Menschen mit Migrationshintergrund die gesellschaftliche Entwicklung gleichberechtigt mitgestalten können, ohne jegliche Diskriminierung. Deshalb fordert die PDS, dass sich Politik und Stadtverwaltung aktiv für die vollständige rechtliche, politische, soziale und kulturelle Gleichberechtigung und Teilhabe aller dauerhaft hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund einsetzt.

Die Mitwirkungsmöglichkeiten der hier lebenden Menschen nichtdeutscher Herkunft sind zu stärken. Hierzu gehört auch, dass die Rechte der Ausländerbeiräte bei Beibehaltung des derzeitigen Wahlrechts durch Umwandlung in einen Ausschuss gestärkt werden.

Zu unterstützen sind alle Projekte, die sich der Hilfe für Migrantinnen und Migranten, der Förderung des gleichberechtigten Zusammenlebens deutscher und ausländischer Menschen widmen. Die Entwicklung eines Ressorts für interkulturelle Angelegenheiten in der Stadtverwaltung ist für den gesamten Prozess eine wichtige kommunale Begleitung. Ein solches Ressort wäre de facto ein „Querschnittsamt“, welches dazu dient, allen Bereichen des öffentlichen Lebens interkulturelle Qualifizie-

rung anzubieten und Vermittler zwischen verschiedenen hier lebenden Bevölkerungsgruppen, einschließlich der bundesdeutschen, zu sein. Die PDS Bochum fordert die Bereitstellung eines „Vermittlers der Kulturen“, der nach Münsteraner Vorbild in den Stadtteilen das Verständnis der Bevölkerungsgruppen untereinander stärkt und bei Alltagsschwierigkeiten und Alltagsproblemen als Schlichter integrativ tätig wird.

Alle öffentlichen Einrichtungen müssen für Menschen ausländischer Herkunft ohne Hindernisse nutzbar sein. Für Ämter mit hohem Publikumsverkehr sind Übersetzerinnen und Übersetzer einzustellen. Überlegenswert wäre ein Übersetzungsservice – angebunden beim interkulturellen oder einem anderen geeigneten Ressort - der von Menschen ausländischer Herkunft bei Verwaltungsangelegenheiten und Amtsbesuchen kostenlos in Anspruch genommen werden kann.

Die Angebote der Berufsberatung und Berufsförderung sind auszudehnen auf „spezielle“ Gruppen, z. B. Zuwanderinnen und Zuwanderer mit hoher Qualifikation, Frauen ohne Berufserfahrung. Erstrebenswert sind neben der allgemeinen Vermittlung deutscher Sprachkenntnisse fach- bzw. berufsorientierte Deutschkurse, getragen von öffentlichen Einrichtungen oder als Gemeinschaftsprojekte mehrerer Unternehmen.

In Bochum gibt es zahlreiche Menschen ausländischer Herkunft, die sich als Gewerbetreibende selbständig gemacht haben. Gaststätten, Einzelhandelsbetriebe, Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe von ausländischen Einwohnerinnen und Einwohnern haben das Leben in der Stadt bereichert. Das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass viele dieser Existenzgründungen „soziale Rettungsversuche“ von Menschen sind, denen keine Chancen auf dem Arbeitsmarkt eröffnet wurden, und deren selbständige Unternehmen oftmals nur von kurzer Dauer sind. Bestandteil der kommunalen Wirtschaftsförderung muss die „Gründerberatung“ für an einem selbständigen Gewerbe interessierte Menschen sein, die fachkundig über Chancen, Risiken und Möglichkeiten von in Anspruch zu nehmender Förderung aufklärt. Dabei darf es für Menschen ausländischer Herkunft keine zusätzlichen bürokratischen oder diskriminierenden Hindernisse geben.

Die Angebote der Seniorenpflege, -betreuung und Seniorenfreizeitgestaltung sind auf ihre interkulturelle Tauglichkeit zu prüfen. Konzeptionen und Investoren für multinationale Senioreneinrichtungen, sowie Einrichtungen mit muttersprachlicher Betreuung älterer oder pflegebedürftiger Menschen sind zu fördern.

Kommunale interkulturelle Politik hat auch Rahmenbedingungen für Flüchtlinge, Asylsuchende und zugewanderte Menschen in Not zu schaffen, die gesellschaftlich ausgrenzenden Charakter vermeiden. Die Stadt muss dazu alle möglichen Ermessensspielräume des Ausländerrechts zugunsten dieses Personenkreises nutzen.

Menschen in Not sind ganz besonders auf gründliche und rücksichtsvolle rechtliche und allgemeine Beratung angewiesen. Hierzu sind die vorhandenen Möglichkeiten zu erweitern.

Flüchtlingen ist eine gesundheitliche Versorgung zu sichern, die dem allgemein üblichen medizinischen Leistungsniveau entspricht. Der Rat der Stadt benennt wieder eine Härtefallkommission, um Flüchtlinge individuell bei der Erlangung ihres Aufenthaltsstatus zu unterstützen. Die Stadt verzichtet auf die Sammelunterbringung von Flüchtlingen und Asylsuchenden. Die Stadt schafft in ihrer Verantwortung im Rahmen der rechtlichen Bedingungen Möglichkeiten, die für diesen Personenkreis weitgehende Bewegungsfreiheit sichert.

### 13. Frauenpolitik – Amazonen oder Hausfrauen?

Frauen lassen sich nicht auf die Schlagworte Amazone oder Hausfrau reduzieren. Frauen sind leider nach wie vor in der Gesellschaft benachteiligt. Dies ist auch in Bochum nicht anders. Die Kommune muss ihre Handlungsspielräume nutzen, um den hier lebenden Frauen – gleich welcher Herkunft – ihr grundgesetzlich verankertes Recht zu ermöglichen: Frauen und Männer sind gleichberechtigt!

Das Paradigma der Zukunft ist für die PDS eine geschlechterdemokratische Gesellschaft. Hierzu kann die kommunale Ebene einiges beitragen, wenn

- Institutionen, Projekte, Maßnahmen und Kurse für Frauen und Mädchen mehr kommunale Mittel erhalten, um eine kontinuierliche Arbeit zu gewährleisten.
- in der Jugend- und Mädchenarbeit präventive Anti-Gewaltprojekte sowie mädchenorientierte Förderung im Freizeit- und Kommunikationsbereich (Computer, Internet,...) unterstützt werden.
- Richtlinien erarbeitet werden, um Mittel aus dem Jugendhilfeplan quotiert für Mädchenprojekte einzusetzen.
- in den stadtplanerischen Gremien eine paritätische Beteiligung von Frauen angestrebt wird.

Frauen haben auch in Bochum oftmals differenzierte Lebensentwürfe und andere als die Männer. Sie sind allein erziehend, Managerin erfolgreicher Familienunternehmen, Ernährerin, Nebenjobberin, Hilfslehrerin für die Kinder, Stützpfeiler ehrenamtlichen Engagements in sozialen Verbänden, kirchlichen Einrichtungen, Selbsthilfegruppen und und und.

Diese vielschichtigen Lebensformen verlangen nach differenzierten Antworten. So müssen Frauen verstärkt bei Maßnahmen zur Weiterbildung, Qualifizierung und Fortbildung berücksichtigt werden. Auch Frauen haben ein Recht auf eigenständige soziale Absicherung. Die PDS Bochum fordert daher, städtische Aufträge nicht an Firmen zu vergeben, die Frauen in ungeschützten Arbeitsverhältnissen beschäftigen. Im Gegenteil: bei der Vergabe von Aufträgen an Privatfirmen sollten diejenigen, die Frauen fördern, öffentlich unterstützt werden.

Das Landesgleichstellungsgesetz NRW ist konsequent umzusetzen. Dazu ist es insbesondere notwendig,

- den Frauenförderplan der Stadt Bochum innerhalb des Stadt konsequent und engagiert umzusetzen und auch auf die städtischen Gesellschaften zu übertragen.
- auch männliche Beschäftigte des höheren Dienstes bis einschließlich der Leitungsebene für Teilzeitregelungen motivieren.
- Mädchen und Frauen bei Aus-, Fortbildungs- und Beschäftigungsprogrammen mindestens entsprechend ihres Anteils an der Gesamtzahl der Ausbildungs- und Arbeitsplatzsuchenden zu berücksichtigen.
- Kinderbetreuungseinrichtungen für die Altersgruppe der unter Dreijährigen und der Grundschul Kinder zu fördern, da sie eine unabdingbare Voraussetzung für die Teilhabe der Frauen am Erwerbsleben sind.

Vielfältige Diskriminierungen und Einschränkungen prägen den Alltag von Mädchen auch in unserer Gesellschaft. Die Lebenslagen heranwachsender junger Menschen

unterscheiden sich geschlechtsspezifisch, daher müssen auch die Hilfeleistungen der kommunalen Jugendhilfe geschlechtsspezifisch gestaltet sein. Mädchen und junge Frauen werden in der Jugendhilfe oft weniger berücksichtigt, weil Jugendhilfe zu meist auf die öffentlich sichtbaren Probleme von Jungen reagiert und weil Mädchen ihren Konflikten nicht in gleicher Weise Ausdruck verleihen. Die zentrale Leitlinie kommunaler Mädchenarbeit muss daher die bewusste und konsequente Hinwendung zu den Interessen und Alltagserfahrungen von Mädchen sein.

- Auf der Basis von stadtteilbezogenen Bedarfsplänen sollen Freiräume und spezielle Angebote für Mädchen und junge Frauen entsprechend ihren spezifischen Bedürfnissen und Interessen geschaffen und finanziell abgesichert werden, z.B. Mädchentreffs, Internetcafés für Mädchen, eigene Angebote für Mädchen und junge Frauen in Bochumer Sportstätten.
- In den vorhandenen Beratungsstellen sind Mädchensprechstunden einzurichten; Wohngruppen und Zufluchtsorte für Mädchen und junge Frauen sind dem Bedarf entsprechend bereitzustellen.
- Die parteiliche, feministische und antirassistische Mädchenarbeit ist ausreichend finanziell abzusichern.
- Es sind Richtlinien zur Quotierung der Mittel aus dem Jugendhilfeplan zu entwickeln.

Oftmals sind Frauen Opfer männlicher Gewalt. Frauen muss es ermöglicht werden, sich frei in unserer Stadt zu bewegen, ohne Angst vor Gewalt. Vergleichsweise günstige Möglichkeiten, das individuelle Sicherheitsgefühl zu heben sind z. B. der Ausbau der öffentlichen Beleuchtung von Straßen und Plätzen. Gewalt gegen Frauen findet oft hinter der Wohnungstür an. Die PDS Bochum fordert daher, die Frauenselbsthilfegruppen und Frauenhäuser besser personell und finanziell auszustatten. Jeder Frau die Schutz und Hilfe sucht, ist dieser zu gewähren. Bei diesen Einrichtungen darf die Stadt keine Rotstiftpolitik betreiben.

## **14. Der Zukunft eine faire Chance geben: Kinder und Jugendliche**

Die Situation von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Bochum ist sehr widersprüchlich und konfliktreich. Einerseits existiert in ein Bochum ein umfangreiches und breit gefächertes Bildungs-, Kultur- und Sportangebot. Andererseits sind sie mit Problemen wie Arbeitslosigkeit der Eltern, Lehrstellenmangel und Jugendarbeitslosigkeit, Suchtproblematik, unzureichende kostenfreie Freizeitangebote, Gewalt auf den Straßen und in den Schulen konfrontiert. Hinzu kommt, dass Kinder und Jugendliche eigene Rechte häufig nicht durchsetzen können. Es muss eine breite Öffentlichkeit mobilisiert werden, die sich gemeinsam mit Kindern, den Jugendlichen und jungen Erwachsenen den Interessen junger Menschen zuwendet.

Wenn es auch in Bochum verschiedene Bemühungen gab, Formen der Beteiligung und Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen zu entwickeln, so sind sie in der großen Mehrzahl nach wie vor von den Entscheidungsfindungen ausgeschlossen. Das führt häufig dazu, dass Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen von Erwachsenen nicht erkannt oder auch bewusst ignoriert werden. Deshalb setzen wir uns ein für:

- die Sicherung des Rechts auf Mitsprache und Mitentscheidung aller sie betreffenden Fragen und die Entwicklung von verschiedenen, auf den jeweiligen

Entwicklungsstand der Kinder und Jugendlichen abgestimmten Beteiligungsformen wie Kinder- und Jugendforen, Runde Tische mit Kindern und Jugendlichen, Kinder- und Jugendparlamente, projektorientierte Einbeziehung in Planungsprozesse.

- die Stärkung der SchülerInnenvertretungen in ihrer Rolle als Interessenvertreter der Schülerinnen und Schüler und die Sicherung des Rechts auf freie Meinungsäußerung für Kinder und Jugendliche (der Zugang zu den öffentlichen Medien und die gezielte Förderung von Kinder- und Jugendmedien sind zu stärken).
- die Unterstützung der Arbeit des Stadtjugendringes und der Jugendverbände als Betätigungsfeld für Eigeninitiative, Selbstständigkeit und demokratische Willensbildung.

Die Schere zwischen der Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger und angebotenen Lehrstellen klafft in Bochum immer weiter auseinander. Immer mehr Schulabgängerinnen und Schulabgänger hängen in der Warteschleife von Berufsvorbereitungsjahr und Berufsgrundbildungsjahr. Da verwundert es nicht, dass auch die Zahl derjenigen, die arbeitslos sind, von Jahr zu Jahr dramatisch ansteigt.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- ein Recht der Jugendlichen auf berufliche Erstausbildung für Mädchen und Jungen und die Erhebung einer Ausbildungumlage für Unternehmen, die sich dieser gesellschaftlichen Pflicht entziehen – wer nicht ausbildet, wird umgelegt.
- ein Bündnis für Ausbildung und gegen Jugendarbeitslosigkeit in der Stadt Bochum und eine weitere Erhöhung der Ausbildungsplatzkapazität bei der Stadtverwaltung und den Eigenbetrieben der Stadt.
- eine Förderung von Ausbildungsverbänden

Nach wie vor sind altersspezifische Angebote für Kinder und Jugendliche für Freizeit, Bildung und Kultur sowie zur Prävention, Beratung und Hilfe in Bochum unzureichend. Die Chancengleichheit von Mädchen und Jungen ist auch in der Jugendhilfe noch nicht verwirklicht. Nach wie vor ist eine einseitige Ausrichtung auf Jungen festzustellen. Hinzu kommt, dass durch die Förderpraxis von Land und Kommune eine langfristige fachliche und personelle Kontinuität in den Vereinen der Jugendhilfe nicht gesichert ist. Auch im Bereich der Jugendarbeit ist die gesellschaftliche Benachteiligung von Mädchen und jungen Frauen festzustellen. Angebote sind meist einseitig auf Jungen ausgerichtet.

Die PDS Bochum setzt sich ein für:

- ein stadtteilorientiertes Netz an Jugendhilfemaßnahmen, welches ein am Bedarf ausgerichtetes Angebot an Prävention, Beratung und Hilfe sichert
- eine bedarfsgerechte finanzielle Ausstattung des Jugendhilfeetats auf der Grundlage eines effizienten und jährlich fortzuschreibenden Jugendhilfeplanes
- die Förderung von Angeboten der aufsuchenden Sozialarbeit
- eine langfristige Förderung freier Träger der Jugendhilfe durch den Abschluss von mehrjährigen Leistungsverträgen
- die Wahrung der Pluralität in der Trägerlandschaft und Gleichbehandlung von öffentlichen und freien Trägern der Jugendhilfe
- eine verstärkte Kooperation von Schule und Verein, um das Angebot von Freizeitmöglichkeiten in den Wohngebieten zu erweitern
- eine stärkere und kontinuierlichere Förderung von spezifischen Angeboten der Jugendhilfe für Mädchen und junge Frauen.

Rechtsextreme Jugendkultur bedroht Alltag von Kindern und Jugendlichen. Rechtsextreme Gewalt ist dabei nur die Spitze des Eisberges. Rechtsextremismus etabliert sich bei Jugendlichen zunehmend über eine eigene Kultur, ein rechtes Lifestyle und schafft damit einen Anschluss zu ihrer Lebenswelt.

Die Ursachen sind vielschichtig. Ein Grund ist die nur schwach entwickelte Soziokultur in einer Vielzahl von Stadtbezirken in Bochum und deren meist einseitige Orientierung auf bestimmte Jugendszenen. Einer wachsenden rechtsextremen Alltagskultur muss eine antifaschistische, antirassistische, humanistische, demokratische und weltoffene Jugendarbeit entgegengesetzt werden.

Aufgrund der vorhandenen hohen Bebauungsdichte von kosten- und flächensparenden Neubauten und der hohen Verkehrsdichte ist in Bochum ein deutlicher Verlust an äußeren Spielräumen, das heißt Gebieten, die für Kinder und Jugendliche zugänglich, gefahrlos und gestaltbar sind, festzustellen. Für die verlorengegangenen Bereiche werden Spielplätze, die zum Teil diesen Namen nicht verdienen, als Ersatzräume geschaffen. Die Stadt eignet sich immer weniger als altersgerechter Lebensraum für Kinder und Jugendliche. Die Stadt muss bei der Stadtentwicklung stärker die Kinder- und Jugendspezifischen Ansprüche berücksichtigen. Eine zentrale Forderung der PDS Bochum in diesem Bereich ist der Bau von wohnortnahen Freiflächen für freizeitsportliche Aktivitäten (Bolzplätze, Graffitiflächen, Skateranlagen, Streetballanlagen).

## **15. Die Ausgrenzung ausgrenzen**

Auch in Bochum nimmt die Zahl derjenigen Menschen, die alters-, krankheits- oder unfallbedingt, ganz oder teilweise auf Pflege angewiesen sind, zu. Oberstes Ziel kommunaler Politik muss es sein, diesen Menschen ein selbstbestimmtes Leben in Würde zu ermöglichen. Die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und sportlichen Leben dieser Stadt muss gewährleistet werden. Hierzu sind alle Bochumer Einrichtungen mittelfristig so anzulegen, dass sie Menschen mit Behinderungen nicht allein schon durch ihre bauliche Substanz ausgrenzen. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten hat die Stadt auch auf die BOGESTRA einzuwirken. Diese muss ihr Fahrzeugangebot und ihre Fahrpläne auf Menschen mit Behinderungen ausrichten. Exemplarisch sei die Anbringung von Fahrplänen in Blindenschrift und in Rollstuhlhöhe sowie der verlängerte Halt an Haltestellen der Seniorenheime zu nennen.

Kommunale Wohnungspolitik muss eine häusliche Pflegemöglichkeit gewährleisten. Wenn Menschen alters- oder krankheitsbedingt dennoch nicht häuslich gepflegt werden können oder wollen, müssen kleine kommunale Wohneinheiten geschaffen werden. Ein Wechsel der Wohnform (eigene Wohnung, Wohngruppen, Heimunterbringung) muss jederzeit selbstbestimmt möglich sein.

Die PDS Bochum fordert die kommunalen Bildungseinrichtungen dem spezifischen Bedürfnis älterer oder behinderter Menschen entsprechend auszurichten. Hierbei ist besonders zu berücksichtigen, dass der Anteil von Pflegebedürftigen nichtdeutscher Herkunft ständig wächst. Sprachbarrieren müssen auch hier beseitigt werden, Informationen zu diesem Bereich müssen mehrsprachig gehalten sein, auch sind spezielle Bildungsangebote für ältere oder pflegebedürftige Migrantinnen und Migranten zu entwickeln und umzusetzen. In kommunalen Senioreneinrichtungen ist auf die spezifischen Lebens- und Essgewohnheiten dieser Menschen einzugehen.

Viele Rahmenbedingungen des Lebens von pflegebedürftigen Menschen werden auf Bundes- oder Landesebene gestellt. Dennoch kann auch die kommunale Ebene einen Teil dazu beitragen, diesen Menschen ein Leben in Würde zu ermöglichen. Die PDS Bochum fordert, die vorhandenen Spielräume zugunsten dieses Personenkreises auszuschöpfen.

## **16. Umweltschutz – nachhaltig und modern**

Zukunftsfähige Umweltpolitik muss einen höheren Stellenwert erhalten und ist stärker als bisher ressortübergreifend zu gestalten. Umweltpolitik ist für uns daher eine Querschnittsaufgabe. Die Abgasbelastungen in den Wohngebieten sind für uns nicht losgelöst von der Stadtentwicklung zu betrachten. So stärkt eine aktive kommunale Umweltpolitik die Lebensqualität der Einwohnerinnen und Einwohner auf Dauer.

Dazu gehören eine ökologische Abfallwirtschaft mit Entsorgungssicherheit sowie der Erhalt und die Entwicklung des Grünpotenzials der Stadt. Darüber hinaus geht es aber auch um folgende Bereiche:

- die stärkere Verankerung von Umweltbildung in der Schul- und Berufsausbildung,
- ein schnelleres Umsteuern in der Energiepolitik durch Ausschöpfung von Energiesparpotenzialen sowie die Förderung und Entwicklung alternativer umweltfreundlicher Technologien und den Einsatz regenerativer Energien
- eine nachhaltige Wasserversorgung und Abwasserbehandlung zu sozial verträglichen Preisen
- ökologisches Bauen durch Ressourcen sparenden Materialeinsatz und Flächenverbrauch als Schwerpunkte
- die Erhöhung der Lebensqualität durch Reduzierung von Lärm und gesundheitsschädigenden Abgasen.

## **Haben wir für alle Probleme eine Lösung?**

Nein. Unser Programm ist erst der Anfang. Wir werden es fortschreiben, zusammen mit den Einwohnerinnen und Einwohnern und den zahlreichen Initiativen, die wie wir für ein gemeinsames Bochum streiten: sozial, solidarisch und gerecht.

Die Beratungen unserer Abgeordneten werden grundsätzlich öffentlich sein. Politik hinter verschlossenen Türen wird es bei uns nicht geben. In die Fachausschüsse des Rates wollen wir möglichst Bürgerinnen und Bürger aus Initiativen entsenden.

Natürlich müssen auch wir im Rat mit anderen Parteien kooperieren. Schließlich brauchen wir Mehrheiten, um unsere Ziele zu erreichen. Wir werden argumentieren, streiten und, wo das möglich ist, den Dialog mit allen demokratischen Parteien suchen. Anpassen werden wir uns nicht.